

Rede von Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag zu:

Transparenz der FSC-Zertifizierung für den hessischen Staatswald

Dr. 19/3802, 19/4312 (25.01.2017), Top: 10, 16

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Gäste,**

in ihrem Dringlichen Antrag möchte die Regierungskoalition, dass sich der Landtag bei den Beschäftigten von Hessen-Forst bedankt. Für die wichtige und gute Arbeit, die die Menschen vor Ort leisten, bedanken wir uns gerne. Sie haben das verdient. Aber wie sieht der Dank der Regierungskoalition aus? Er besteht aus einer Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten, er besteht aus Personalabbau und Arbeitsverdichtung, er besteht in einer zunehmenden Ökonomisierung des, für den ökologischen Ausgleich so wichtigen, Staatswaldes. Auf so ein Dankeschön kann man getrost verzichten.

Folgerichtig beinhaltet das Personalentwicklungskonzept 2025, welches die Landesregierung verfolgt, vor allem den Stellenabbau. 40 Stellen im Höheren Dienst, 150 Stellen im Gehobenen Dienst, 40 Angestelltenstellen und 116 Forstwirtschaftstellen sind bereits gestrichen worden oder sollen noch bis 2025 wegfallen. Diese Stellenstreichungen können durch die 94 Forstwirtschaftsmeister, die neu eingestellt werden sollen, nicht kompensiert werden.

Das sogenannte Personalentwicklungskonzept ist die Fortsetzung des Stellenabbaus im Rahmen der ‚Operation sichere Zukunft‘ von Roland Koch. Die hat bereits zu höherem Arbeitsdruck geführt und das bei stetig steigendem Durchschnittsalter der Beschäftigten. Außerdem wird in den Forstbetrieben nicht genug ausgebildet trotz massiven Personalabgängen, die ab 2017 zu erwarten sind. Ein großer Teil der Forstwirten\*innen und Revierleitungen sind hochgradig unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen<sup>1</sup>. Förster und Waldarbeiter können den gesetzlich festgeschriebenen Bildungsaufgaben und angestiegenen Anforderungen eines nachhaltigen Waldbaus kaum noch nachkommen. Das versucht die Hessische Landesregierung zu kaschieren.

Schönfärberei, Lobhudelei und Unterdrückung der Kritik, damit in der dokumentierten Beschlusslage des Landtages die Arbeit von schwarz-grün im Glanze erscheinen möge. Das ist der Zweck ihres Antrages, der ansonsten absolut entbehrlich ist und den wir daher ablehnen werden.

---

<sup>1</sup> Mitarbeiterbefragung der IG Bau 2015

Zustimmen werden wir dem Antrag der SPD.

Die angespannte Arbeitslage im Forst ist nicht neu. Seit 2009 beantragt unsere Fraktion in jedem Haushalt eine Aufstockung des Personals. Nur mit genügend gut ausgebildetem und gut entlohntem Personal können die hohen Anforderungen des Waldbaus bewältigt werden. Das wissen auch die Grünen, doch jetzt drehen sie gemeinsam mit der CDU weiter an der Effizienzschraube. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, darunter leidet auch die Qualität der Arbeit sowie der Naturschutz.

Der Naturschutzbund Hessen hat das Land verklagt und darüber hinaus noch eine Beschwerde wegen mangelnder Umsetzung der Biodiversitätsrichtlinie bei der EU-Kommission eingebracht.

Im konkreten Fall ist der NABU der Auffassung, dass im Europäischen Naturschutzgebiet „Laubacher Wald“ durch Holzeinschlag ein alter, geschlossener und moosreicher Laubbaumbestand zerstört wurde. Das hohe Alter der Bäume ist der Grund der Unterschutzstellung. Hier darf eigentlich kein Baum gefällt werden.

Eine Forderung auf Umweltschadensersatz – so der NABU - sei im November 2016 vom Regierungspräsidium Gießen mit der Begründung zurückgewiesen worden, dass die traditionelle Forstwirtschaft grundsätzlich keine Umweltschäden hervorrufen könne. Das ist starker Tobak. Das darf und kann nicht sein. Die Botschaft lautet: Die Erfinder der Nachhaltigkeit können gar nicht anders als umweltverträglich wirtschaften.

Wer aber die Bilder gesehen hat, die der BUND am Runden Tische Hessische Ried vorgelegt hat<sup>2</sup>, weiß, dass Hessen-Forst unter einem großen ökonomischen Druck steht und der Holzeinschlag, in unter Schutz gestellten Wäldern, kein Einzelfall ist.

Der Druck zum Holzeinschlag resultiert aus den ökonomischen Vorgaben der Landesregierung. Deshalb ist das Land Hessen auch der richtige Adressat für die Klage des NABU. Die Klage zeigt, dass offenbar der Schutz von Wäldern in europäischen Schutzgebieten, selbst im Staatswald nicht ausreichend geachtet wird. Für einen wirklich guten, flächendeckend ökologischen Waldbau ist bei Hessen-Forst noch viel Luft nach oben. Deshalb sind die FSC-Zertifizierung sowie mehr Transparenz wichtig.

Ich frage mich, wie das Absenken der vorgeschriebenen Laubholzanteile auf bis zu 50 Prozent – so eine Anweisung des Umweltministeriums<sup>3</sup> – mit einem ökologischen Waldbau und der FSC-Zertifizierung zusammenpassen soll? Statt Buchen und Eichen dürfen Baumarten wie Douglasien gepflanzt werden, die nicht standortheimisch sind.

Auch die Europäische Kommission ist der Ansicht, dass es bei der Umsetzung des Naturschutzes im Wald offensichtlich ein Problem gibt. Auch hier wurde ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Ob Wasserversalzung durch K+S, zu hohe Stickoxidwerte in den Städten, Nitrat im Grundwasser oder mangelnder Naturschutz in den Wäldern – alles Fälle von deutlicher und dauerhafter Missachtung der Umwelt oder Naturschutzgesetzgebung- und Hessen ist leider immer ganz vorne mit dabei.

---

<sup>2</sup> s. [BUND-Waldreport 2016](#), S. 10

<sup>3</sup> Schreiben Regierungspräsidium Darmstadt 23.10.12015

Das muss sich zum Schutz unserer Umwelt, für den Klimaschutz und zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen, die wir auch weiterhin in Anspruch nehmen wollen, unmittelbar ändern. Schafft es die grüne Umweltministerin nicht Farbe zu bekennen, mutiert sie zum grünen Feigenblatt einer renditeoptimierten schwarzen Wirtschaftspolitik.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.